

Rede von Stadtrat Bruno Marcon (Augsburg“ in Bürgerhand) im Augsburger Stadtrat am 14.5.2020 zur Beschlussvorlage der Stadtregierung, sich als „Pilotstadt“ für das bundesweite „Smart-City“-Konzept zu bewerben (die frei gehaltene Rede wurde nachträglich niedergeschrieben). Der Bewerbungsantrag wurde gegen zwei Stimmen (Bruno Marcon, Lisa McQueen) vom Stadtrat ohne weitere Diskussion angenommen.



Augsburg soll „Smart-City-Stadt“ werden:

In welcher Zukunft wollen wir leben?

Die bisherigen Konzepte einer Smart City 1.0 bauen auf der Vorstellung auf, dass die Stadt vor allem steuerbar und kontrollierbar sein soll. Digitalisierung wird dabei als Optimierung von kommunaler Daseinsvorsorge und Verwaltung durch Technologisierung verstanden. Dadurch wird von den Fragen abgelenkt, wem die Stadt eigentlich gehört, in welcher Zukunft wir leben wollen und wer im Mittelpunkt einer digitalisierten Stadt stehen soll. Es ist der Mensch, der im Mittelpunkt stehen muss und nicht die Technik. Der Mensch soll die Technik als Werkzeug zur Gestaltung des eigenen Lebens und seiner sozialen Gemeinschaft nutzen

Die Einführung neuer Techniken muss in Vorstellungen einer "sozialen Stadt" eingegliedert sein. Zu den elementare Grundlagen einer sozialen Stadt zählen bezahlbare Wohnungen, lebendige Stadtquartiere, öffentliche Freiräume, Rad- und Wegenetze sowie eine klimagerechte Stadtentwicklung, dezentrale Energieversorgung, sparsamer Umgang mit Ressourcen, ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, Ausbau und Erhalt des Stadtgrüns, um nur einige Komponenten zu nennen. Die lebenswerte und soziale Stadt ist der Prüfstein, an dem wir den Nutzen und Einsatz neuer Technologien messen müssen.

Modernisierung für das Gemeinwohl

Aber kann die Digitalisierung überhaupt dazu beitragen, eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung voranzutreiben und dabei die Grundlagen kommunaler Souveränität bewahren?

Das ist dann möglich, wenn Technologie nicht dem Nutzen von Unternehmen unterworfen ist sondern dem Wohl nachhaltiger kommunaler Systeme dient. Deshalb muss diese Technologie den Verwertungsinteressen digitaler Konzerne entrissen werden und muss auf der Basis von Open Source-Software entwickelt und umgesetzt werden. Digitale Tools müssen frei zugänglich, unabhängig und nur dem Gemeinwohl verpflichtet sein.

Die Entscheidung, welche Technologien mit welchen Tools eingesetzt werden, kann nur unter direkter Beteiligung der BürgerInnen entschieden werden. Die bisherigen politischen Vertreter in den Kommunen und die öffentlichen Verwaltungen orientieren sich bisher fast ausschließlich an den Software-Angeboten internationaler Konzerne. Das schafft Abhängigkeiten, unterläuft die kommunale Souveränität und erfordert erhebliche finanzielle Mittel. Um sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien, benötigen wir Hardware mit unabhängigen Knotenpunkten, verbunden mit Open-Source-Software.

Daten schützen

Derzeit findet ein gigantischer internationaler Wettlauf um die Vorherrschaft über die Daten statt. Die Bewohnerinnen der Stadt mit ihren digitalen Instrumenten erzeugen zahlreiche und vielfache Datenspuren und sind damit immer mehr anzapfbare Messtationen. Der Zugriff auf diese Daten ermöglicht nicht nur eine ökonomische Verwertung sondern wird auch für das Erstellen von Profil-Bewegungs- und Verhaltensanalysen ausgenutzt. Der Schutz der Daten von BürgerInnen vor dem Zugriff durch große Konzerne ist eine entscheidende Herausforderung für die Demokratie in einer fortschreitenden Digitalisierung. Dass diese Daten von unschätzbarem Wert sind, haben bislang vor allem große Unternehmen erkannt. Diese Daten sind vor dem Zugriff und der Verwertung besonders durch global agierenden Unternehmen zu schützen. Nur auf der Grundlage einer unabhängigen Selbstverwaltung und mit direkter Teilhabe durch eine von BürgerInnen aufgebauten digitalen Organisation ist es zu erlauben, dass vorhandene Daten eingesetzt werden, um kommunale Daseinsvorsorge besser zum Wohle aller zu gestalten.

Umfassende Transparenz muss eine zentrale Forderung der Digitalisierung sein. Die kommunalen Daten müssen der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Sie müssen für alle gleichermaßen zugänglich, verständlich und verwertbar sein.

Für die Datenverarbeitung bedarf es frei zugänglicher Plattformen. Die Quellcodes für Datenstandard, digitale Werkzeuge und Plattformen müssen offengelegt werden.

Verwaltung als offene Verhandlungsplattform

Die Rolle der Stadtverwaltungen muss sich ändern. Anstelle einer steuernden und regulierenden Instanz wird die Verwaltung zur offenen Verhandlungsplattform mit interaktiven Kommunikationsstrukturen. Dabei sind nicht mehr allein die politischen parlamentarischen Ebenen die Interaktionspartner der Verwaltung. Neue Interaktionen und Bündnisse mit der Zivilgesellschaft müssen zur Zielsetzung werden.

Durch das Bündnis von Verwaltung und Zivilgesellschaft im digitalen Bereich der Stadtentwicklung erfährt die Smart City einen Paradigmenwechsel. Nicht die Technik ist das entscheidende Werkzeug städtischer Infrastrukturprojekte sondern die Ausrichtung an den Bedürfnissen der BewohnerInnen. Offene Daten, "Bürgerhaushalte" und Beteiligungs-apps stellen neue Anforderungen an die Verwaltung. Die Verwaltung dient den BürgerInnen als Schnittstelle mit transparenten Informations- und Kommunikationsstrukturen. Die Stadtentwicklung wird so zum offenen Prozess des Aushandelns zwischen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung.

Wenn dies nicht die Zielsetzung von Verwaltung und Politik sein soll, sind starke Widerstände der Zivilgesellschaft zu erwarten. In diesem Sinne ist es ein katastrophales Signal, dass bei der bisherigen Entwicklung eines digitalen Konzepts für Augsburg die Zivilgesellschaft weitgehend außen vor geblieben ist und auch den Stadträten kein Raum für einen offenen Diskurs gegeben wird.